



EU-Datenschutz-Grundverordnung

Kurzstellungnahme zum Entwurf des Berichterstatters

■ Allgemeines

Der Berichtsentwurf enthält mit seinen insgesamt 350 Änderungsanträgen zahlreiche Vorschläge zur Modifizierung des Verordnungsvorschlags der Europäischen Kommission. Dabei konzentriert sich der Berichterstatter maßgeblich auf Änderungen von Detailvorschriften und zielt weder auf eine systematische noch eine konzeptionelle Überarbeitung.

Neuausrichtung des Datenschutzes notwendig

Insbesondere mit Blick auf die immer schneller voranschreitende technische und gesellschaftliche Entwicklung kann mit der Beibehaltung des bisherigen Konzepts des Datenschutzrechts den künftigen Herausforderungen nicht ausreichend begegnet werden.

Darüber hinaus verschärfen nahezu sämtliche Änderungsvorschläge den Kommissionvorschlag und sind Ausdruck eines äußerst abstrakt-idealisierten Datenschutzverständnisses. Die praktische Umsetzbarkeit für Betriebe und die Effektivität des Datenschutzes für Betroffene werden hierbei nahezu ausgeblendet.

■ Kein Datenschutz durch formalisierte Bürokratie

Der Berichtsentwurf benennt Abwägungsfälle, in denen unterstellt wird, dass das Interesse zur Datenverarbeitung Vorrang vor dem Schutzbedürfnis des Betroffenen hat und die Datenverarbeitung deshalb grundsätzlich zulässig ist (Art. 6 Änderungsantrag Nr. 100). Zu diesen gesetzlich geregelten Fällen zählt zutreffend die Nutzung von Kundendaten zur Direktwerbung.

Nutzung von Kundendaten erleichtern

Damit ein Betrieb die Daten seiner Kunden zur Eigenwerbung auf dieser Grundlage nutzen darf, fordert der Berichterstatter jedoch, dass dem betroffenen Kunden bei jeder Werbemaßnahme die Einzelheiten, Aspekte und Gründe der Abwägung offengelegt werden müssen. Eine solche Darstellung erscheint in der alltäglichen Geschäftskommunikation zwischen Betrieben und Kunden nicht nur – insbesondere aus Sicht der Kunden – unnötig, sondern allem voran formalistisch und praxisfern.

■ Informationspflichten reduzieren

Bereits der Vorschlag der Europäischen Kommission sah zahlreiche Prüfungs-, Genehmigungs-, Informations- und Dokumentationspflichten vor.

Anstatt den insbesondere bei den Informationspflichten gefolgten quantitativen Ansatz der Kommission zu korrigieren, geht der Berichtsentwurf sogar über die

Maßnahmen der Kommissionvorschläge hinaus und sieht weitere Informationspflichten vor. Angaben, wie etwa die Darstellung der „*Logik einer automatisierten Datenverarbeitung*“ (Änderungsvorschlag Nr. 132 zu Art. 14 Abs. 1 Buchst. b), sprengen insbesondere beim risikoarmen Speichern von Kundendaten den Rahmen der Verhältnismäßigkeit.

■ **Erlaubnistatbestände erweitern**

Die Erlaubnistatbestände zur Datennutzung sind sehr eng gefasst und zielen im Ergebnis darauf ab, die Einwilligung des Betroffenen als maßgebliche Rechtsgrundlage für zulässige Datenverarbeitungen zu etablieren. Dieses von der EU-Kommission in der Verordnung angelegte Konzept wird vom Berichterstatter nachdrücklich unterstützt und bestätigt.

Fokussierung auf Einwilligung nicht sachgerecht

Eine allzu starke Fokussierung auf die Einwilligung als Ermächtigungsgrundlage wird aber vor allem dem Interesse des Betroffenen nicht gerecht. Wenn künftig jeder für alles und jeden kleinsten Einzelfall eine gesonderte Einwilligung erklären muss, führt das für den Betroffenen zu einem lästigen Formalismus, aber keineswegs zu mehr Kontrolle über den Umlauf seiner Daten.

Davon abgesehen ist in vielen Fällen eine Einwilligung zum Schutz des Betroffenen nicht nötig. Kfz-Werkstätten, die ihre Bestandskunden z.B. an den nächsten TÜV-Termin erinnern wollen, müssen hierfür die Daten des Kunden verwenden. Da dieser Service offensichtlich im Interesse des Kunden steht, ist es nicht nachvollziehbar, weshalb der Kunde gesondert einwilligen soll. Es wäre weitaus praxis- und interessensgerechter, die Erhebung und Nutzung von Daten zu gestatten, wenn die Datenverwendung offenkundig im Interesse des Betroffenen steht.

■ **Leistungsfähigkeit von KMU Rechnung tragen**

Ausnahmeregeln beibehalten

Der Berichtsentwurf verschärft massiv die Regelungen zur Dokumentation sowie die Pflicht zur Bestellung eines betrieblichen Datenschutzbeauftragten. So sollen Betriebe mit weniger als 250 Mitarbeitern nicht – wie von der Kommission vorgesehen – von der Pflicht zur Dokumentation sämtlicher betrieblicher Datenverarbeitungsprozesse befreit werden (Änderungsantrag Nr. 190). Das mit dem Kommissionsvorschlag einhergehende bürokratische Entlastungspotenzial wird damit vollständig aufgehoben.

Die ebenfalls für Betriebe mit weniger als 250 Mitarbeitern von der Kommission vorgesehene Ausnahme hinsichtlich der Pflicht zur Bestellung eines Datenschutzbeauftragten soll nach Ansinnen des Berichterstatters dahingehend geändert werden, dass die Ausnahme nur dann gilt, wenn sämtliche betriebliche Datenverarbeitungsprozesse weniger als 500 Personen im Jahr betreffen (Änderungsantrag Nr. 223). Diese Voraussetzung ist jedoch in der Praxis schwer nachzuhalten, wirft hinsichtlich ihrer genauen Bedeutung zahlreiche Fragen auf und bedarf deshalb einer klaren Korrektur.

Berlin, Januar 2013